

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 17

FREITAG, DEN 28. FEBRUAR

2020

Inhalt:

	Seite		Seite
Termine für den Frühlingsdom, Sommerdom und Winterdom in der Freien und Hansestadt Hamburg für das Jahr 2021	237	Ergänzung einer Verfügung und der dazugehörigen Veröffentlichung einer Widmung von Wegeflächen im Bezirk Wandsbek – Heidkamp –	239
Öffentliche Auslegung eines Notfallplans	238	Frühjahrsdeichschau auf der Insel Neuwerk	239
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	238	Plangenehmigungsbescheid zur Änderung der Hochwasserschutzanlage Kraueler Hauptdeich zwischen Deichkilometer 8,715 und 8,675	239
Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen im Bezirk Wandsbek – Diestelstraße –	238	Plangenehmigungsbescheid zur Änderung der Hochwasserschutzanlage Kraueler Hauptdeich zwischen Deichkilometer 8,418 und 8,455	240
Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen im Bezirk Wandsbek – Haselknick –	239	Plangenehmigungsbescheid zur Änderung der Hochwasserschutzanlage Zollenspieker Hauptdeich zwischen Deichkilometer 12,370 und 12,440.	240
Widmung von Wegeflächen im Bezirk Wandsbek – Alter Zollweg –	239		

BEKANNTMACHUNGEN

Termine für den Frühlingsdom, Sommerdom und Winterdom in der Freien und Hansestadt Hamburg für das Jahr 2021

Auf Grund von § 69 in Verbindung mit § 60 b der Gewerbeordnung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 11. November 2016 (BGBl. I S. 2500), wird bekannt gegeben:

I.

Termine

Der Frühlingsdom, Sommerdom und der Winterdom im Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg finden im Jahre 2021 an den nachstehend aufgeführten Tagen statt:

1. Frühlingsdom (Frühlingfest)
Heiligengeistfeld, 20359 Hamburg
26. März bis 25. April 2021
(30 Veranstaltungstage)
außer Karfreitag (2. April 2021)
2. Sommerdom (Hummelfest)
Heiligengeistfeld, 20359 Hamburg
30. Juli bis 29. August 2021
(31 Veranstaltungstage)
3. Winterdom (Dommarkt)
Heiligengeistfeld, 20359 Hamburg
5. November bis 5. Dezember 2021
(31 Veranstaltungstage)

II.

Fläche

Der Frühlingsdom, der Sommerdom und der Winterdom finden auf dem Heiligengeistfeld statt. Ausgenommen ist dabei eine etwa 2500 m² große, im nordöstlichen Teil liegende Fläche, die als Eventfläche genutzt wird.

III.

Öffnungszeiten

Für die Veranstaltungen gelten folgende Öffnungszeiten:

1. Frühlingsdom (Frühlingfest)

26. März bis 25. April 2021, außer Karfreitag (2. April 2021):

montags bis donnerstags	von 14.45 Uhr bis 23.15 Uhr
freitags und sonnabends	von 14.45 Uhr bis 00.15 Uhr
sonntags	von 13.45 Uhr bis 23.15 Uhr

Ausnahmen:

Gründonnerstag (1. April 2021)	von 14.45 Uhr bis 00.15 Uhr
-----------------------------------	-----------------------------

Ostersonntag (4. April 2021)	von 13.45 Uhr bis 00.15 Uhr
---------------------------------	-----------------------------

Ostermontag (5. April 2021)	von 13.45 Uhr bis 23.15 Uhr
--------------------------------	-----------------------------

2. Sommerdom (Hummelfest)

30. Juli bis 29. August 2021:

montags bis donnerstags	von 14.45 Uhr bis 23.15 Uhr
freitags und sonnabends	von 14.45 Uhr bis 00.45 Uhr
sonntags	von 13.45 Uhr bis 23.15 Uhr

3. Winterdom (Dommarkt)

5. November bis 5. Dezember 2021:

montags bis donnerstags	von 14.45 Uhr bis 23.15 Uhr
freitags und sonnabends	von 14.45 Uhr bis 00.15 Uhr
sonntags	von 13.45 Uhr bis 23.15 Uhr

Ausnahmen:

Volkstrauertag (14. November 2021)	von 14.45 Uhr bis 23.15 Uhr
Totensonntag (21. November 2021)	von 14.45 Uhr bis 23.15 Uhr

IV.**Bewerbungsfristen**

Bewerbungsfrist für den Frühlingsdom, den Sommerdom und den Winterdom:

Anträge (nur auf dem Vordruck der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation) auf Zuweisung eines Platzes sind für die vorgenannten Veranstaltungen bis zum 15. August 2020 bei der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Amt Wirtschaftsförderung, Norddeutsche Zusammenarbeit, Außen-, Agrar- und Tourismuswirtschaft, Sachgebiet Hamburger DOM, HAFENGEURTSTAG HAMBURG, bezirkliche Märkte, Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg, einzureichen.

Für Festzelte besteht die Möglichkeit, eine Bewerbung für alle drei Dom-Veranstaltungen einzureichen.

Vordrucke können ab sofort unter www.hamburg.de/ dom als ausfüllbare PDF-Datei heruntergeladen oder beim Sachgebiet Hamburger DOM, Hafengeburtstag, bezirkliche Märkte, Telefon: 040/4 28 41 - 26 28, angefordert werden.

Nach dem Bewerbungstichtag eingegangene Bewerbungen werden grundsätzlich nicht berücksichtigt.

Hamburg, den 20. Februar 2020

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Amtl. Anz. S. 237

Öffentliche Auslegung eines Notfallplans

Die Behörde für Umwelt und Energie hat für den Betrieb ASCALIA Kreislaufwirtschaft GmbH, Peutestraße 57-59, 20539 Hamburg, gemäß § 13a des Hamburgischen Katastrophenschutzgesetzes einen externen Notfallplan erstellt.

Dieser Notfallplan kann zur Anhörung der Öffentlichkeit nach § 13 Absatz 4 des Hamburgischen Katastrophenschutzgesetzes vom 2. März 2020 bis 31. März 2020 im Bezirksamt Hamburg-Mitte, Caffamacherreihe 1-3, Raumnummer A8.018, 20355 Hamburg, montags bis donnerstags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr, freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden.

Bedenken und Anregungen können während der Auslegungsfrist bei der oben genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden.

Hamburg, den 18. Februar 2020

Die Behörde für Umwelt und Energie

Amtl. Anz. S. 238

Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die GBI AG hat bei der Behörde für Umwelt und Energie – Amt Wasser, Abwasser und Geologie, Abteilung Wasserwirtschaft – eine Wasserrechtliche Erlaubnis nach § 8 des Wasserhaushaltsgesetzes für das Entnehmen von Grundwasser im Rahmen der Baumaßnahme Nordkanalstraße 36-46/ Hammerbrookstraße 37/Wandalenweg 1-7 (Neubau von Hotels und Wohnungen) in Hamburg-Hammerbrook beantragt. Zur Trockenhaltung der Baugrube wird eine gering wasserdurchlässige Troggrube hergestellt und das eingeschlossene und nachströmende Grundwasser vorübergehend über Schwerkraftbrunnen und ergänzend mittels offener Wasserhaltung abgesenkt. Die Grundwasserabsenkung erfolgt in drei Bauabschnitten.

Es wird davon ausgegangen, dass bei einer Gesamtdauer von bis zu 12 Monaten eine Grundwassermenge von maximal 466 000 m³ zu fördern sein wird.

Die Wasserhaltung stellt ein Vorhaben nach Punkt 13.3.2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) in Verbindung mit Nummer 1.3.1 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg (HmbUVP) dar. Nach der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 7 UVP nach den in Anlage 3 genannten Kriterien in Verbindung mit den Regelungen des HmbUVP wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung des Vorhabens abgesehen. Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Behörde für Umwelt und Energie auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalles keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben. Die Begründung ist bei der Behörde für Umwelt und Energie – Amt Wasser, Abwasser und Geologie, Abteilung Wasserwirtschaft – nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes der Öffentlichkeit zugänglich. Das Absehen von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht selbstständig anfechtbar.

Hamburg, den 18. Februar 2020

Die Behörde für Umwelt und Energie

Amtl. Anz. S. 238

Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen im Bezirk Wandsbek – Diestelstraße –

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen werden die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Ohlstedt, Ortsteil 523, belegenen Wegeflächen Diestelstraße (Flurstücke 300 und 308 teilweise), von Bredenbekstraße bis Haselknick und weiter bis Bredenbekstraße verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem allgemeinen Verkehr gewidmet.

Der räumliche Geltungsbereich der Widmung ergibt sich aus den Lageplänen (gelb markierte Bereiche), die Bestandteil dieser Verfügung sind.

Die Pläne über den Verlauf der oben genannten Wegeflächen liegen für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 214, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 12. Februar 2020

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 238

Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen im Bezirk Wandsbek – Haselknick –

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Ohlstedt, Ortsteil 523, belegene Wegefläche Haselknick (Flurstück 319 teilweise), von der Bredenbekstraße abzweigend bis ausschließlich Flurstück 577 verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem allgemeinen Verkehr gewidmet.

Der räumliche Geltungsbereich der Widmung ergibt sich aus den Lageplänen (gelb markierte Bereiche), die Bestandteil dieser Verfügung sind.

Die Pläne über den Verlauf der oben genannten Wegefläche liegen für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 214, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 12. Februar 2020

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 239

Widmung von Wegeflächen im Bezirk Wandsbek – Alter Zollweg –

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Altrahlstedt, Ortsteil 526, belegene Wegeverbindung Alter Zollweg (Flurstück 9 teilweise), vom Kehrenende bis Rahlstedter Weg verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem allgemeinen Fußgängerverkehr gewidmet.

Die urschriftliche Verfügung mit Lageplan kann beim Bezirksamt Wandsbek, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, Am Alten Posthaus 2, 22041 Hamburg, eingesehen werden.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe beim Bezirksamt Wandsbek, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, Postfach 70 21 41, 22021 Hamburg, Widerspruch eingelegt werden.

Hamburg, den 12. Februar 2020

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 239

Ergänzung einer Verfügung und der dazugehörigen Veröffentlichung einer Widmung von Wegeflächen im Bezirk Wandsbek – Heidkamp –

Die Verfügung der Widmung von Wegeflächen vom 1. März 1977, veröffentlicht im Amtl. Anz. Nr. 47 vom 8. März 1977 S. 378, ist wie folgt zu ergänzen:

Die Widmung für den Verbindungsweg, vor den heutigen Häusern Nummern 1-3 verlaufend, wird auf den allgemeinen Fußgängerverkehr beschränkt.

Der Lageplan behält seine Gültigkeit.

Hamburg, den 13. Februar 2020

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 239

Frühjahrsdeichschau auf der Insel Neuwerk

Die nach § 60 Absatz 1 des Hamburgischen Wassergesetzes (HWaG) in der Fassung vom 29. März 2005 vorgeschriebene Schau der öffentlichen Hochwasserschutzanlagen auf der Insel Neuwerk findet am Mittwoch, dem 22. April 2020 statt. Beginn: Sammeln/Treffpunkt um 13.00 Uhr vor dem Gebäude der HPA „Stackmeisterei Neuwerk“.

Die Schau ist nicht öffentlich. Die Unterhaltungspflichtigen sind aufgefordert, an der Schau teilzunehmen. Dem Deichverband der Insel Neuwerk, zu dessen satzungsgemäßen Aufgaben die Beteiligung an der Deichschau gehört, wird die Gelegenheit zur Teilnahme und Äußerung gegeben (§ 60 Absatz 2 HWaG).

Hamburg, den 21. Februar 2020

HPA Hamburg Port Authority AöR

Amtl. Anz. S. 239

Plangenehmigungsbescheid zur Änderung der Hochwasserschutzanlage Kraueler Hauptdeich zwischen Deichkilometer 8,715 und 8,675

Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Fachbereich Planung und Entwurf Hochwasserschutz, hat am 10. Dezember 2019 die Umgestaltung der Hochwasser-

schutzanlage Kraueler Hauptdeich zwischen Deichkilometer 8,715 und 8,675 beantragt.

Gegenstand des Vorhabens ist der Abbruch des Gebäudes Kraueler Hauptdeich 161 zwischen Dkm 8,715 und 8,675. Etwa 282 m² sollen als Deichgrund ausgewiesen werden.

Der Plan für die Umgestaltung der oben genannten Hochwasserschutzanlage ist durch den Plangenehmigungsbescheid des Landesbetriebes Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Fachbereich Deichverteidigung und Deichaufsicht (Plangenehmigungsbehörde), vom 20. Februar 2020 festgestellt. Die Feststellung beruht auf § 55 des Hamburgischen Wassergesetzes in Verbindung mit § 68 des Wasserhaushaltsgesetzes. Den bekannten Betroffenen wurde der Plangenehmigungsbescheid zugestellt.

Die genehmigten Pläne werden öffentlich ausgelegt in der Zeit vom 28. Februar 2020 bis zum 13. März 2020 im Bezirksamt Bergedorf, Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt, Kundenservice, Wentorfer Straße 38 a, 21029 Hamburg, montags, dienstags, donnerstags und freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr und im Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Sachsenfeld 3-5, Raum B 7.03, 20097 Hamburg, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr nach telefonischer Voranmeldung unter Telefon: 040/4 28 26 - 25 35.

Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Bescheid auch gegenüber den der Plangenehmigungsbehörde nicht bekannten Betroffenen als zugestellt.

Gegen den Plangenehmigungsbescheid kann binnen eines Monats nach Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift bei der Geschäftsstelle des Verwaltungsgerichts Hamburg, Lübeckertordamm 4, 20099 Hamburg, Klage erhoben werden.

Hamburg, den 20. Februar 2020

**Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
– Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz –
Fachbereich G4 Deichverteidigung und Deichaufsicht
als Plangenehmigungsbehörde**

Amtl. Anz. S. 239

Plangenehmigungsbescheid zur Änderung der Hochwasserschutzanlage Kraueler Hauptdeich zwischen Deichkilometer 8,418 und 8,455

Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Fachbereich Planung und Entwurf Hochwasserschutz, hat am 10. Dezember 2019 die Umgestaltung der Hochwasserschutzanlage Kraueler Hauptdeich zwischen Deichkilometer 8,418 und 8,455 beantragt.

Gegenstand des Vorhabens ist der Abbruch des Gebäudes mit Nebenanlagen Kraueler Hauptdeich 183 zwischen Dkm 8,418 und 8,455. Etwa 344 m² sollen als Deichgrund ausgewiesen werden.

Der Plan für die Umgestaltung der oben genannten Hochwasserschutzanlage ist durch den Plangenehmigungsbescheid des Landesbetriebes Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Fachbereich Deichverteidigung und Deichaufsicht (Plangenehmigungsbehörde), vom 20. Februar 2020 festgestellt.

Die Feststellung beruht auf § 55 des Hamburgischen Wassergesetzes in Verbindung mit § 68 des Wasserhaushaltsgesetzes. Den bekannten Betroffenen wurde der Plangenehmigungsbescheid zugestellt.

Die genehmigten Pläne werden öffentlich ausgelegt in der Zeit vom 28. Februar 2020 bis zum 13. März 2020 im Bezirksamt Bergedorf, Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt, Kundenservice, Wentorfer Straße 38 a, 21029 Hamburg, montags, dienstags, donnerstags und freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr und im Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Sachsenfeld 3-5, Raum B 7.03, 20097 Hamburg, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr nach telefonischer Voranmeldung unter Telefon: 040/4 28 26 - 25 35.

Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Bescheid auch gegenüber den der Plangenehmigungsbehörde nicht bekannten Betroffenen als zugestellt.

Gegen den Plangenehmigungsbescheid kann binnen eines Monats nach Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift bei der Geschäftsstelle des Verwaltungsgerichts Hamburg, Lübeckertordamm 4, 20099 Hamburg, Klage erhoben werden.

Hamburg, den 20. Februar 2020

**Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
– Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz –
Fachbereich G4 Deichverteidigung und Deichaufsicht
als Plangenehmigungsbehörde**

Amtl. Anz. S. 240

Plangenehmigungsbescheid zur Änderung der Hochwasserschutzanlage Zollenspieker Hauptdeich zwischen Deichkilometer 12,370 und 12,440

Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Fachbereich Planung und Entwurf Hochwasserschutz, hat am 10. Dezember 2019 die Umgestaltung der Hochwasserschutzanlage Zollenspieker Hauptdeich zwischen Deichkilometer 12,370 und 12,440 beantragt.

Gegenstand des Vorhabens ist der Abbruch der Gebäude Zollenspieker Hauptdeich Flurstück 1598, Gemarkung Kirchwerder, zwischen Dkm 12,370 und 12,440. Etwa 297 m² sollen als Deichgrund und 1115 m² als Ausgleichsfläche für die Anpassung des Haulander Hauptdeiches ausgewiesen werden.

Der Plan für die Umgestaltung der oben genannten Hochwasserschutzanlage ist durch den Plangenehmigungsbescheid des Landesbetriebes Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Fachbereich Deichverteidigung und Deichaufsicht (Plangenehmigungsbehörde), vom 20. Februar 2020 festgestellt. Die Feststellung beruht auf § 55 des Hamburgischen Wassergesetzes in Verbindung mit § 68 des Wasserhaushaltsgesetzes. Den bekannten Betroffenen wurde der Plangenehmigungsbescheid zugestellt.

Die genehmigten Pläne werden öffentlich ausgelegt in der Zeit vom 28. Februar 2020 bis zum 13. März 2020 im Bezirksamt Bergedorf, Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt, Kundenservice, Wentorfer Straße 38 a, 21029 Hamburg, montags, dienstags, donnerstags und freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 14.00 Uhr bis 16.00

Uhr und im Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Sachsenfeld 3-5, Raum B 7.03, 20097 Hamburg, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr nach telefonischer Voranmeldung unter Telefon: 040/42826-2535.

Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Bescheid auch gegenüber den der Plangenehmigungsbehörde nicht bekannten Betroffenen als zugestellt.

Gegen den Plangenehmigungsbescheid kann binnen eines Monats nach Zustellung schriftlich oder zur Nieder-

schrift bei der Geschäftsstelle des Verwaltungsgerichts Hamburg, Lübeckertordamm 4, 20099 Hamburg, Klage erhoben werden.

Hamburg, den 20. Februar 2020

**Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
– Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz –
Fachbereich G4 Deichverteidigung und Deichaufsicht
als Plangenehmigungsbehörde**

Amtl. Anz. S. 240

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung

- 1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind

Behörde für Schule und Berufsbildung,
Hamburger Straße 41, 22083 Hamburg, Deutschland

- 2) Verfahrensart

Öffentliche Ausschreibung [UVgO]

- 3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind

Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen.

- 4) Entfällt

- 5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung

Spielplatzüberprüfung – jährliche Hauptinspektion sowie monatlich operative Inspektion – im Bezirk Wandsbek; Management des öffentlichen Raumes, Unterhaltung Stadtgrün

Ziel dieser Ausschreibung ist die Vergabe der jährlichen Hauptuntersuchung sowie der monatlichen operativen Inspektion der 113 Kinderspielplätze in Wandsbek an einen geeigneten Auftragnehmer (AN). Diese Spielplatzüberprüfungen werden gemäß den TÜV-GS-Richtlinien DIN Euro Norm 1176, DIN Euro Norm 1177 sowie DIN SPEC 79161 durchgeführt.

Ort der Leistungserbringung: diverse Hamburg

- 6) Entfällt

- 7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten
Nebenangebote sind nicht zugelassen.

- 8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist
Vom 1. April 2020 bis 31. Dezember 2020.

Danach verlängert sich der Vertrag um ein weiteres Jahr bis zum 31. Dezember 2021, wenn nicht einer der Vertragspartner 3 Monate vor Ablauf des Vertrages schriftlich kündigt.

- 9) Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können

<https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.Bieter/DownloadTenderFiles.ashx?subProjectId=0pvab6A9DBc%253d>

- 10) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist

Teilnahme- oder Angebotsfrist: 12. März 2020, 10.00 Uhr, Bindefrist: 1. Juni 2020.

- 11) Entfällt

- 12) Entfällt

- 13) Entfällt

- 14) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.

Niedrigster Preis.

Hamburg, den 19. Februar 2020

Die Behörde für Schule und Berufsbildung

167

Auftragsbekanntmachung Dienstleistungen Richtlinie 2014/24/EU

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg
NUTS-Code: DE600
Deutschland
Kontaktstelle(n): Löffler, Oliver
E-Mail: beschaffungsstelle@bsw.hamburg.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <http://www.hamburg.de/bsw/>

- I.2) **Informationen zur gemeinsamen Beschaffung**

Der Auftrag wird von einer zentralen Beschaffungsstelle vergeben.

- I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter:

<https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.Bieter/DownloadTenderFiles.ashx?subProjectId=M5HZ5j3Ps7c%253d>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen.

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via:

<http://www.bieterportal.hamburg.de>

- I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

- I.5) **Haupttätigkeit(en)**
Allgemeine öffentliche Verwaltung

ABSCHNITT II: GEGENSTAND

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Planungsleistungen Ingenieurbauwerk
gemäß §§ 41 HOA1

Referenznummer der Bekanntmachung:
BSW VV-ABH4-424/20

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

71300000

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Oberbillwerder ist Hamburgs zweitgrößtes Stadtentwicklungsvorhaben nach der HafenCity. Auf Basis des Flächennutzungsplans von 1997 soll auf einer Fläche von ca. 124 ha im Bezirk Bergedorf ein neuer urbaner Stadtteil mit lebendigen Nachbarschaften und vielseitigen Angeboten für Wohnen, Arbeit, Bildung, Kultur, Freizeit, Sport und Erholung entstehen. Das Gelände grenzt südlich an die Bahntrassen für den Regional-, Fern- und Güterverkehr.

Nach derzeitigen Empfehlungen aus einem bereits bestehenden Lärmschutzgutachten sollen nördlich des Bahndamms der Bau von einer Lärmschutzwand mit einer Länge von ca. 2200 m und mit einer Höhe von ca. 4,0 bis 6,0 m über Schienenoberkante ausgeführt werden.

II.1.5) Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 666.000.– EUR

II.1.6) Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:

II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)

II.2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code: DE600

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:

Nach derzeitigen Empfehlungen aus einem bereits bestehenden Lärmschutzgutachten sollen auf dem Bahndamm nördlich der S-Bahntrasse Hamburg-Bergedorf der Bau von einer Lärmschutzwand mit einer Länge von ca. 2200 m und mit einer Höhe von ca. 4,0 bis 6,0 m über Schienenoberkante zur Senkung der Schallbelastung ausgeführt werden. Als Option ist der Bau einer zweiten Lärmschutzwand südlich der Bahntrassen für den Regional-, Fern- und Güterverkehr bzw. nördlich des bestehenden Stadtteils Allermöhe zeitgleich mit der vorgenannten LSW vorgesehen. Diese Angaben werden jedoch im Planungsprozess weiter vertieft und können sich somit noch ändern. Aufgrund der Lage der Lärmschutzwand ist auch ein gestalterisches Konzept für das Bauwerk zu entwickeln.

Die anrechenbaren Baukosten (KG 300 – 400) für die Maßnahme wurden mit 12.000.000 EUR

(brutto) ermittelt. Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

- Leistungsphasen 1-2 Ingenieurbauwerke gem. §43 HOA1;
- Leistungsphasen 3-9 Ingenieurbauwerke gem. §43 HOA1 als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen);
- Besonderen Leistungen in allen Leistungsphasen der Ingenieurbauwerke gem. §43 HOA1 als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

Besondere Leistungen:

- LPH 2: Baubetriebsplanung und Entwicklung eines Sperrpausenkonzeptes einschl. Anmelden der Sperrpausen zur Integrierten Bündelung (1B) auf der Homepage der DB.
- LPH 2: Erstellung einer Vergabeunterlage Suchschürfe einschl. Abstimmungen DB, Angebotsauswertung, Überwachung und Auswertung der Ergebnisse als vorbereitende Maßnahme.
- LPH 2: Mitwirken bei der Durchführung von Vermesserleistungen sowie Freischnittarbeiten externer Dienstleister. Die Einholung der Angebote erfolgt durch den AG.
- LPH 2: Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung als Einzelfallprüfung mit den Themenschwerpunkten a) Merkmale des Vorhabens b) Standort des Vorhabens c) Bewertung der Auswirkungen d) Maßnahmen zur Vermeidung. Die Ergebnisse sind in digitaler Form dem AG zu übergeben.
- LPH 3: Mitwirken bei Vereinbarungen zwischen FHH und DB AG (Gestattungsvertrag und Baudurchführungsvereinbarung) als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG.
- LPH 4: Gestellung eines Bauvorlageberechtigten Bahn (BVB) mit Aufgaben und Pflichten nach der EBA als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG
- LPH 7: Prüfen und Werten von Nebenangeboten, falls diese zugelassen werden als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG.
- LPH 8: Baustellenbetreuung/Koordination/örtliche Bauüberwachung vollumfänglich gem. Anlage 12.1 HOA1 als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG.

Die Planungsleistungen sollen kurzfristig nach Beauftragung im Juli 2020 begonnen werden. Baubeginn: voraussichtlich 2024 (abhängig von Sperrpausen der DB)

Fertigstellung: voraussichtlich 2025

Eine Ausschreibung zur Vergabe der Leistungen der Tragwerksplanung gem. §§49 HOA1 der Gesamtmaßnahme erfolgt in einem zeitnah startenden separaten Verfahren.

II.2.5) Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium – Name:
Fachlicher Wert/Gewichtung: 20
Qualität/Gewichtung: 20
Kommunikation und
Verfügbarkeit/Gewichtung: 10

- Ausführungszeitraum/Gewichtung: 10
 Kostenkriterium – Name:
 Preis/Honorar/Gewichtung: 40
- II.2.6) Geschätzter Wert
 Wert ohne MwSt.: 666.000,- EUR
- II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung
 oder des dynamischen Beschaffungssystems
 Beginn: 1. Juli 2020
 Ende: 31. Dezember 2025
 Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber,
 die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme
 aufgefördert werden
 Geplante Mindestzahl: 3
 Höchstzahl: 5
 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten
 Zahl von Bewerbern:
 Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht
 eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-
 anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der
 Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt
 anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der
 Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien,
 die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden
 wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen
 erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht
 ausgeschlossen wurden und die die genannten
 Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur
 Verhandlung auffordert.
 Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich
 der Ingenieurbauwerke gem. §§ 41 HOA1 eingereichten
 2 besten Referenzprojekte, welche innerhalb der
 vergangenen 5 Jahre (Stichtag 1. Januar 2015) mit
 der Leistungsphase 8 abgeschlossen worden sind,
 jeweils in den Kriterien vergleichbare Bauaufgabe
 (0-5 Punkte) und vergleichbares Leistungsbild
 (0-2 Punkte). Insgesamt können mit den Referenzen
 zusammen maximal 14 Punkte erreicht werden. (Siehe
 hierzu auch die Wertungsmatrix, Anlage 7, der
 Vergabeunterlagen)
 Um die eingereichten Referenzprojekte anhand der
 vorgegebenen Kriterien prüfen zu können, ist es
 wichtig, die dafür notwendigen Parameter der
 Referenzprojekte zu benennen. Wir bitten darum,
 die Referenzprojekte anhand der vorgegebenen
 Formulare zu dokumentieren.
 Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die
 Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer
 objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde
 gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die
 Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl analog
 § 75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern
 zu lösen.
- II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote
 Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2.11) Angaben zu Optionen
 Optionen: ja
 Beschreibung der Optionen:
- Leistungsphasen 3-9: Ingenieurbauwerke gemäß § 43 HOA1 als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen);

Besondere Leistungen:

- LPH 3: Mitwirken bei Vereinbarungen zwischen FHH und DB AG (Gestattungsvertrag und Baudurchführungsvereinbarung) als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG.
- LPH 4: Gestellung eines Bauvorlageberechtigten Bahn (BVB) mit Aufgaben und Pflichten nach der EBA als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG
- LPH 7: Prüfen und Werten von Nebenangeboten, falls diese zugelassen werden als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG.
- LPH 8: Baustellenbetreuung/Koordination/örtliche Bauüberwachung vollumfänglich gem. Anlage 12.1 HOA1 als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG.
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen der Ingenieurbauwerke gem. § 43 HOA1 als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen: Angaben der Bewerber gemäß §§ 122 GWB bzw. § 75 VgV.

Mit dem Teilnahmeantrag sind die folgenden bereitgestellten Unterlagen und Erklärungen elektronisch einzureichen:

- Teilnahmeantrag (Formblatt VV-Bau Anlage 5-130)
- Eigenerklärung zur Eignung (Formblatt VV-Bau Anlage 5-140)
- Eigenerklärung Tariftreue (Formblatt VV-Bau Anlage 5-330)
- Eigenerklärung zu Wirtschaftlichen Verknüpfungen (Anlage 1)
- Erklärung Präqualifizierung/Zulassung EBA (Anlage 2)
- Referenzen (Anlage 6)
- Bescheinigung Berufshaftpflichtversicherung über mind. die Deckungssummen (siehe III.1.2)
- Nachweise der Qualifikation Fachplaner gem. § 75 VgV.

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen bei Bedarf einzureichen:

- Erklärung Bürgergemeinschaft (Formblatt VV-Bau Anlage 5-150 (Anlage 3))

- Leistung Unterauftragnehmer (Formblatt VV-Bau Anlage 5-160)
- Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer (Formblatt VV-Bau Anlage 5-170 (Anlage 4))
- Leistung anderer Unternehmen (Formblatt VV-Bau 5-180)
- Verpflichtungserklärung Eignungsleihe (Formblatt VV-Bau 5-190 (Anlage 5))

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen.

Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen.

Das Formatlayout der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten.

Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefüllten Bewerbungsunterlagen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen elektronisch einzureichen. Die Firmenzugehörigkeiten von Bietergemeinschaften und/oder Nachunternehmern sind auf den entsprechenden Formularen zu benennen.

Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern. Nachforderungen in der Bewerbungs- und Angebotsphase, die nicht fristgerecht eingehen, führen zum Ausschluss am weiteren Verfahren.

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

A) Nachweis Berufshaftpflichtversicherung.

B) Erklärung über den Umsatz des Bewerbers.

Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtschuldsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 45 Abs. 5 VgV aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu A) Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung über die Bereitstellung folgender Deckungssummen im Auftragsfall, mind. 1,5 Mio. EUR für Personenschäden und mind. 1,0 Mio. EUR für sonstige Schäden.

Es ist zu bestätigen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h., dass für den Fall, dass bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt.

Zu B) Erklärung über den Umsatz des Bewerbers gem. §§ 41 HOA1 in den letzten 3 Geschäftsjahren. Der durchschnittliche Jahresumsatz muss mindestens 400.000 EUR (netto) erreichen.

Die zur Verfügung gestellten Unterlagen sind bzgl. der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit zwingend zu beachten und bindend.

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

A) Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung des für die Ausführung der Leistung Verantwortlichen;

B) Nachweis der beruflichen Qualifikation der vorgesehenen Projektleitung;

C) Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten;

D) Erklärung über die Beschäftigtenzahl durch Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter mit entsprechender fachlicher Qualifikation der letzten 3 Geschäftsjahre.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards: Zu A) Ingenieur/-in gem. § 75 (2) VgV.

Zu B) Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Architektur oder Bauingenieurwesen (mindestens FH, Nachweis durch Studiennachweis).

Zu C) Erfahrungen mit dem öffentlichen Auftraggeber oder mit öffentlich geförderten Maßnahmen.

Zu D) Für den Leistungsbereich Ingenieurbauwerke gem. §§ 41 HOA1 sind mindestens 4 festangestellte Architekten oder Bauingenieure bzw. Absolventen der Fachrichtung Architektur oder Bauingenieurwesen (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Geschäftsjahre nachzuweisen.

Die zur Verfügung gestellten Verfahrenshinweise sowie der Auswahlbogen sind bzgl. der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit zwingend zu beachten und bindend.

III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.2) Bedingungen für den Auftrag

III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Die Planung muss durch ein in Bahnbelangen erfahrenes, bauvorlagenberechtigtes Büro unter Beachtung der geltenden Richtlinien und Vorschriften der DB AG erfolgen und dem Eisenbahn-Bundesamt zur Prüfung vorgelegt werden.

- III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:
Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.
Für die Ausführung des Auftrags ist ein abgeschlossenes Präqualifizierungsverfahren bei der Deutschen Bahn (DB) als auch eine Zulassung des Eisenbahn-Bundesamtes (EBA) notwendig.
- III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal
Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Beschreibung**
- IV.1.1) Verfahrensart
Verhandlungsverfahren
- IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem
- IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs
- IV.1.5) Angaben zur Verhandlung
- IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion
- IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)
Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja
- IV.2) **Verwaltungsangaben**
- IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren
- IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge
16. März 2020, 9.30 Uhr
- IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber
9. April 2020
- IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:
Deutsch
- IV.2.6) Bindefrist des Angebots
- IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Ein Lageplan liegt bei. Diese Angaben werden jedoch weiter verifiziert und können sich somit noch ändern.

Die Ausführung und die technische Gestaltung der Lärmschutzwand müssen dem einschlägigen Regelwerk der DB Netz AG entsprechen. Die Planungsunterlagen sind der DB Netz AG zur Zustimmung vorzulegen.

Es liegt in der Verantwortung der/s Bewerber/s die beantworteten Fragen im Bieterportal bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist regelmäßig einzusehen. Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase werden nur in anonymisierter Form im Bieterportal veröffentlicht.

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Es erfolgt kein Versand der Bewerbungsunterlagen per Post oder E-Mail.

Während der Angebotsphase werden „Fragen und Antworten“ nur in anonymisierter Form über die bekanntgegebene Vergabepattform übermittelt. Die Aufforderung zur Finalen Angebotsabgabe gem. § 17 VgV erfolgt über das Bieterportal.

Die zur Verfügung gestellten Unterlagen sind zwingend zu beachten und bindend.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefon: +49/40/42840-3230
Telefax: +49/40/42731-0499
E-Mail: vergabekammer@bsw.hamburg.de

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB unzulässig, soweit

1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat;

2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind,

- nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

- VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt
VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:
14. Februar 2020

Hamburg, den 17. Februar 2020

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen 168

Öffentliche Ausschreibung

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung –
Nagelsweg 47, 20097 Hamburg
Telefon: 0 49 (0) 40/4 28 42 - 200
Telefax: 0 49 (0) 40/4 27 92 - 12 00
E-Mail: vergabestelle@bba.hamburg.de
Internet: <https://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/11255485>
- b) Vergabeverfahren
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabenummer: **20 A 0054**
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen
Zugelassene Angebotsabgabe:
Elektronisch, in Textform, mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel, mit qualifizierter/m Signatur/Siegel.
- d) Art des Auftrags
Ausführung von Bauleistungen
- e) Ort der Ausführung
Rahlau 47-49, 22045 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung
Ausführung von Maler- und Lackierarbeiten im Zuge der Sanierung von 39 Holzfenstern, 14 Kellerfenstern (Holz) mit 14 Fenstergittern (Lochbleche als Kleintierschutz) sowie von 3 Stahlgeländern.
- g) Entfällt
- h) Aufteilung in Lose: nein
- i) Ausführungsfristen
Beginn der Ausführung: 20. April 2020
Fertigstellung oder Dauer der Leistungen:
26. August 2020
22. Mai 2020:
Fertigstellung Entfernung Außenanstriche
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Mehrere Hauptangebote sind zugelassen.
- l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen
Vergabeunterlagen werden elektronisch zur Verfügung gestellt unter: <https://abrufr.bi-medien.de/D438818060>
Nachforderung: Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden nachgefordert.
- o) Ablauf der Angebotsfrist am 9. März 2020 um 8.00 Uhr, Ablauf der Bindefrist am 6. April 2020.
- p) Adresse für elektronische Angebote
<https://www.bi-medien.de/>
- Anschrift für schriftliche Angebote: keine schriftlichen Angebote zugelassen.
- q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen: deutsch
- r) Zuschlagskriterien
Nachfolgende Zuschlagskriterien, ggfs. einschließlich Gewichtung: Preis 100 %
- s) Eröffnungstermin
9. März 2020 um 8.00 Uhr
Ort: Vergabestelle, siehe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Es sind keine Bieter und ihre Bevollmächtigten zum elektronischen Öffnungsverfahren zugelassen.
- t) Geforderte Sicherheiten siehe Vergabeunterlagen.
- u) Entfällt
- v) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- w) Beurteilung der Eignung
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmern präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.
Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmern) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.
Das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ ist erhältlich und wird mit den Vergabeunterlagen übermittelt.
Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß §6a Absatz 3 VOB/A zu machen: keine.
- x) Nachprüfung behaupteter Verstöße
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Nagelsweg 47, 20097 Hamburg,
Telefon: 0 49 (0) 40/4 28 42 - 295
Sonstige Angaben: Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt ausschließlich über die Vergabeplattform bi-medien.

Hamburg, den 24. Februar 2020

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung –

Öffentliche Ausschreibung

- 1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind
Behörde für Inneres und Sport – Polizei –, Mexikoring 33, 22297 Hamburg, Deutschland
 - 2) Verfahrensart
Öffentliche Ausschreibung [UVgO]
 - 3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind
Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen.
 - 4) Entfällt
 - 5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung
Flächenanmietung zur Lagerung von Messe- und Brandingartikel der Freien und Hansestadt Hamburg – Landessportamt – und Betreuung sowie Auf- und Abbau dieser Artikel durch Firmenpersonal und Fuhrpark bei verschiedensten Anlässen.
Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH), vertreten durch die Zentrale Vergabestelle der Behörde für Inneres und Sport (ZVST) – organisatorisch angebunden bei der Polizei Hamburg – beabsichtigt im Auftrag des Landessportamtes (LSP) den Abschluss eines Vertrages zur Anmietung einer Fläche für die Lagerung vorhandener Messe- und Brandingartikel, sowie für die Anlieferung, den Auf- und Abbau und die Abholung dieser Artikel zu verschiedensten Anlässen (inkl. Gestellung von Personal und Fahrzeugen). Des Weiteren sollen die Messeartikel auf Mängel gesichtet, gewartet, gepflegt, gereinigt und ggf. repariert werden.
Ort der Leistungserbringung: 20095 Hamburg
 - 6) Entfällt
 - 7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten
Nebenangebote sind nicht zugelassen.
 - 8) Entfällt
 - 9) Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können
<https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.Bieter/DownloadTenderFiles.ashx?subProjectId=go6SOoyE07M%253d>
 - 10) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist
Teilnahme- oder Angebotsfrist: 9. März 2020, 12.00 Uhr, Bindefrist: 5. Mai 2020.
 - 11) Entfällt
 - 12) Entfällt
 - 13) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt
 - Erklärung zum Eintrag in ein Handelsregister/ Gewerberegister
 - Eigenerklärung zur Eignung
 - Eigenerklärung zur Tariftreue
 - Referenzen
 - Firmenangaben
 - Erklärung zum Einsatz von Nachunternehmern
- Falls zutreffend: Verzeichnis Nachunternehmerleistungen
– Falls zutreffend: Erklärung zur Bietergemeinschaft
- 14) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.
Niedrigster Preis.
Hamburg, den 19. Februar 2020
Die Behörde für Inneres und Sport
– Polizei –

170

Offenes Verfahren (EU)(VgV)**Verfahren: 20192130024 – Rahmenvertrag über die Reinigung und Prüfung von Atemanschlüssen****Auftraggeber: Behörde für Inneres und Sport – Polizei –**

- 1) Name und Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind
Behörde für Inneres und Sport – Polizei –, VT21 (Submissionstelle), Mexikoring 33, 22297 Hamburg
- 2) Verfahrensart
Offenes Verfahren (EU) [VgV]
- 3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind
Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen.
- 4) Entfällt
- 5) Art und Umfang der Leistung sowie der Ort der Leistungserbringung
Rahmenvertrag über die Reinigung und Prüfung von Atemanschlüssen.
Es soll ein Rahmenvertrag über 4 (vier) Jahre für die Reinigung, Desinfektion und Wiederherstellung von Atemanschlüssen nach Gebrauch, sowie der damit verbundenen Prüfung abgeschlossen werden.
Ort der Leistungserbringung: 20539 Hamburg
- 6) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose
Los 1: Atemanschlüsse der Feuerwehr
Los 2: Atemanschlüsse der Polizei
- 7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten
Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- 8) Entfällt
- 9) Die elektronische Adresse unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können
www.bieterportal.hamburg.de
- 10) Die Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist
Teilnahme- oder Angebotsfrist: 12. März 2020, 14.00 Uhr, Bindefrist: 9. Mai 2020.
- 11) Entfällt
- 12) Entfällt
- 13) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt
Siehe Vergabeunterlagen

- 14) Die Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden

Wirtschaftlichstes Angebot:
UfAB 2018: Reine Preiswertung

Hamburg, den 12. Februar 2020

**Die Behörde für Inneres und Sport
– Polizei –**

171

Offenes Verfahren (EU)(VgV)

Verfahren: 2020212022 – Lieferung von 3 Abrollbehältern „Atemschutz“ für die Feuerwehr Hamburg

Auftraggeber: Behörde für Inneres und Sport – Polizei –

- 1) Name und Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind

Behörde für Inneres und Sport – Polizei –,
VT21 (Submissionstelle),
Mexikoring 33, 22297 Hamburg

- 2) Verfahrensart

Offenes Verfahren (EU) [VgV]

- 3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind

Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen

- 4) Entfällt

- 5) Art und Umfang der Leistung sowie der Ort der Leistungserbringung

Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH), vertreten durch die Zentrale Vergabestelle der Behörde für Inneres und Sport (ZVST) – organisatorisch angebunden bei der Polizei Hamburg – beabsichtigt im Auftrag der Feuerwehr Hamburg den Abschluss eines Vertrages über die Lieferung von 3 Abrollbehältern „Atemschutz“.

Ort der Leistungserbringung: 20539 Hamburg

- 6) Entfällt

- 7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

- 8) Entfällt

- 9) Die elektronische Adresse unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können

www.bieterportal.hamburg.de

- 10) Die Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist

Teilnahme- oder Angebotsfrist: 18. März 2020, 23.59 Uhr, Bindefrist: 30. Juni 2020.

- 11) Entfällt

- 12) Entfällt

- 13) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt

Siehe Vergabeunterlagen.

- 14) Die Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden

Niedrigster Preis.

Hamburg, den 14. Februar 2020

**Die Behörde für Inneres und Sport
– Polizei –**

172

Offenes Verfahren

Auftraggeber: SBH | Schulbau Hamburg

Vergabenummer: **SBH VOB OV 025-20 IE**

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:

Neubau der Geschwister-Scholl-STS und Haus der Jugend mit Dreifeldsporthalle, Glückstädter Weg 70-73 in 22549 Hamburg

Bauauftrag: Trockenbau

Geschätzter Auftragswert ohne MwSt: 1.559.000,- Euro

Ausführungsfrist voraussichtlich:

Beginn schnellstmöglich nach Beauftragung

(ca. Anfang Mai 2020), Fertigstellung ca. Januar 2021

Schlussstermin für die Einreichung der Angebote:

13. März 2020 um 10.00 Uhr

Hinweis: Es ist ausschließlich die elektronische Angebotsabgabe zugelassen.

Kontaktstelle:

SBH | Schulbau Hamburg

Einkauf/Vergabe

vergabestellesbh@sbh.hamburg.de

Telefax: 040/42731-0143

Antworten finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter: <http://www.hamburg.de/bauleistungen/>

Hinter dem Wort „Link“ sind im Bieterportal die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Dort gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Anmeldung im Bieterportal können Sie Ihr Angebot rein elektronisch abgeben.

Sofern Sie sich nicht im Bieterportal anmelden, erhalten Sie die „Fragen & Antworten“ im laufenden Verfahren nicht direkt per E-Mail und können Ihr Angebot nicht unterstützt durch den Bieterassistenten elektronisch einreichen.

Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Die Bekanntmachung sowie die „Fragen & Antworten“ während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Homepage des Landesbetriebes SBH | Schulbau Hamburg unter: <http://www.schulbau.hamburg/ausschreibungen/>.

Das Eröffnungsprotokoll steht allen am Verfahren beteiligten Bieter nach Öffnung der Angebote über den Bieterassistenten zum eigenen Download zur Verfügung. Sie finden die Datei im Register „Meine Angebote“ in der Spalte „Dokumente“.

Hamburg, den 14. Februar 2020

Die Finanzbehörde

173

Offenes Verfahren

Auftraggeber: SBH | Schulbau Hamburg

Vergabenummer: **SBH VOB OV 029-20 IE**

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:

Sanierung Gebäude 5 (Verwaltungstrakt), Hochrad 2 in 22605 Hamburg

Bauauftrag: Sanitär

Geschätzter Auftragswert ohne MwSt: 29.000,- Euro

Ausführungsfrist voraussichtlich:

Beginn schnellstmöglich nach Beauftragung,

Fertigstellung ca. Juni 2020

Schlussstermin für die Einreichung der Angebote:

13. März 2020 um 10.00 Uhr

Hinweis: Es ist ausschließlich die elektronische Angebotsabgabe zugelassen.

Kontaktstelle:
SBH | Schulbau Hamburg
Einkauf/Vergabe
vergabestellesbh@sbh.hamburg.de
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43

Antworten finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter: <http://www.hamburg.de/bauleistungen/>

Hinter dem Wort „Link“ sind im Bieterportal die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Dort gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Anmeldung im Bieterportal können Sie Ihr Angebot rein elektronisch abgeben.

Sofern Sie sich nicht im Bieterportal anmelden, erhalten Sie die „Fragen & Antworten“ im laufenden Verfahren nicht direkt per E-Mail und können Ihr Angebot nicht unterstützt durch den Bieterassistenten elektronisch einreichen.

Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Die Bekanntmachung sowie die „Fragen & Antworten“ während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Homepage des Landesbetriebes SBH | Schulbau Hamburg unter: <http://www.schulbau.hamburg/ausschreibungen/>.

Das Eröffnungsprotokoll steht allen am Verfahren beteiligten Bietern nach Öffnung der Angebote über den Bieterassistenten zum eigenen Download zur Verfügung. Sie finden die Datei im Register „Meine Angebote“ in der Spalte „Dokumente“.

Hamburg, den 13. Februar 2020

Die Finanzbehörde

174

Öffentliche Ausschreibung

Auftraggeber: SBH | Schulbau Hamburg
Vergabenummer: **SBH VOB ÖA 020-20 IE**
Verfahrensart: Öffentliche Ausschreibung
Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:
Sanierung nach Wasserschaden,
Duvenstedter Markt 12 in 22397 Hamburg
Bauauftrag: Abbruch und Schadstoffentsorgung
Geschätzter Auftragswert ohne MwSt: 97.000,- Euro
Ausführungsfrist voraussichtlich:
ca. Juni 2020 bis Dezember 2020
Schlusstermin für die Einreichung der Angebote:
6. März 2020 um 10.00 Uhr
Hinweis: Es ist ausschließlich die elektronische Angebotsabgabe zugelassen.
Kontaktstelle:
SBH | Schulbau Hamburg
Einkauf/Vergabe
vergabestellesbh@sbh.hamburg.de
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43

Antworten finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter: <http://www.hamburg.de/bauleistungen/>

Hinter dem Wort „Link“ sind im Bieterportal die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Dort gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Anmeldung im Bieterportal können Sie Ihr Angebot rein elektronisch abgeben.

Sofern Sie sich nicht im Bieterportal anmelden, erhalten Sie die „Fragen & Antworten“ im laufenden Verfahren nicht direkt per E-Mail und können Ihr Angebot nicht unterstützt durch den Bieterassistenten elektronisch einreichen.

Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Die Bekanntmachung sowie die „Fragen & Antworten“ während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Homepage des Landesbetriebes SBH | Schulbau Hamburg unter: <http://www.schulbau.hamburg/ausschreibungen/>.

Das Eröffnungsprotokoll steht allen am Verfahren beteiligten Bietern nach Öffnung der Angebote über den Bieterassistenten zum eigenen Download zur Verfügung. Sie finden die Datei im Register „Meine Angebote“ in der Spalte „Dokumente“.

Hamburg, den 18. Februar 2020

Die Finanzbehörde

175

Offenes Verfahren

- 1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind
Finanzbehörde Hamburg
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland

- 2) Verfahrensart

Offenes Verfahren (EU) [VgV]

- 3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind

Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen.

- 4) Entfällt

- 5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung

Lieferung, Montage, Wartung, Wiederbefüllung und Entsorgung von tragbaren Feuerlöschern sowie die Lieferung von Feuerlöschdecken.

Es handelt sich bei dieser Ausschreibung um die Lieferung, Montage, Reparatur, Wartung, Wiederbefüllung und Entsorgung von tragbaren Feuerlöschern sowie die Lieferung von Feuerlöschdecken an alle Schulen, Dienststellen und Landesbetriebe der FHH.

Ort der Leistungserbringung: Divers Hamburg

- 6) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose

Los 1: Bezirk Altona

Los 2: Bezirk Eimsbüttel

Los 3: Bezirk Hamburg-Nord

Los 4: Bezirk Hamburg-Mitte

Los 5: Bezirk Wandsbek

Los 6: Bezirk Bergedorf

Los 7: Bezirk Harburg

Los 9: Polizei und Feuerwehr

Los 8: Feuerwehrademie Hamburg

- 7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten
Nebenangebote sind nicht zugelassen.

- 8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist
Vom 1. Juli 2020 bis 30. Juni 2022.

Danach verlängert sich der Vertrag einmalig um zwei weitere Jahre bis maximal zum 30. Juni 2024, wenn

nicht einer der Vertragspartner 7 Monate vor Ablauf des Vertrages schriftlich kündigt.

- 9) Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können

Die Auftragsunterlagen stehen gebührenfrei zur Verfügung unter:

<https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.Bieter/DownloadTenderFiles.ashx?subProjectId=SsMSETT7YPE%253d>

- 10) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist
Teilnahme- oder Angebotsfrist: 4. März 2020, 10.00 Uhr, Bindefrist: 30. Juni 2020.
- 11) Entfällt
- 12) Entfällt
- 13) Entfällt
- 14) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.
Niedrigster Preis.

Hamburg, den 24. Februar 2020

Die Finanzbehörde 176

Offenes Verfahren

- 1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind
Universität Hamburg,
Mittelweg 177, 20148 Hamburg, Deutschland
- 2) Verfahrensart
Offenes Verfahren (EU) [VgV]
- 3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind
Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
- 4) Entfällt

- 5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung

Lieferung von elektronischen Schließanlagen

Die Universität Hamburg beabsichtigt die Verpflichtung eines Rahmenvertragspartners zur Lieferung elektronischer Schließanlagen.

Ort der Leistungserbringung: 20148 Hamburg

- 6) Entfällt
- 7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten
Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- 8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist
Vom 1. April 2020 bis 31. März 2022 mit Option zur zweimaligen Verlängerung um jeweils 12 Monate.
- 9) Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können
Die Auftragsunterlagen stehen gebührenfrei zur Verfügung unter:

<https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.Bieter/DownloadTenderFiles.ashx?subProjectId=5t746uloxYg%253d>

- 10) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist
Teilnahme- oder Angebotsfrist: 16. März 2020, 9.00 Uhr, Bindefrist: 16. April 2020.
- 11) Entfällt
- 12) Entfällt
- 13) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt
Siehe Vergabeunterlagen.
- 14) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.
Freie Verhältniswahl Preis/Leistung.

Hamburg, den 14. Februar 2020

Universität Hamburg 177

Gerichtliche Mitteilungen

Terminsbestimmung

71 K 45/18. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Dienstag, 19. Mai 2020, 9.30 Uhr**, Sitzungssaal 224, Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, 20354 Hamburg, öffentlich versteigert werden:

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Stellingen. Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum. ME-Anteil 830/100.000, Sondereigentums-Art Wohnung, SE-Nummer 3409, Blatt 4788 BV 1 an Grundstück Gemarkung Stellingen, Flurstück 2777, Wirtschaftsart und Lage Hof- und Gebäudefläche, Anschrift Flaßheide 35/43, 7.183 m².

Objektbeschreibung/Lage laut Angabe des Sachverständigen: Eigentumswohnung (Sondereigentum an der Wohnung Nummer 3409), belegen Flaßheide 37, III. Obergeschoss links-mitte. Mehrfamilienhaus mit 77 Wohneinheiten, Baujahr etwa 1969. Wohnfläche etwa 46,77 m²; 1,5 Zimmer, Flur Küche, Bad, Abstellraum, Balkon. Die Immobilie war im Besichtigungszeitpunkt vermietet.

Verkehrswert: 120.000,- Euro.

Der Versteigerungsvermerk ist am 14. Dezember 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Zur Zuschlagserteilung ist die Zustimmung des Wohnungseigentumsverwalters erforderlich, es sei denn, die

Zwangsvollstreckung erfolgt aus eingetragenen Pfandrechten oder wird von einem Konkursverwalter betrieben.

Aufforderung:

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach

§ 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 28. Februar 2020

Das Amtsgericht, Abt. 71

178

Terminsbestimmung

802 K 14/19. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Donnerstag, 9. Juli 2020, 9.30 Uhr**, Sitzungssaal E.005, Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, öffentlich versteigert werden:

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Bramfeld. Gemarkung Bramfeld, Flurstück 2407, Wirtschaftsart und Lage Hof- und Gebäudefläche, Anschrift Heinrich-Helbing-Straße 10, 613 m², Blatt 5635.

Objektbeschreibung: Das Grundstück ist bebaut mit einem teilunterkellerten Einfamilienwohnhaus, Baujahr etwa 1920. Die Wohnfläche beträgt etwa 123,84 m² und das Objekt wird von den Schuldnern eigengenutzt. Der Ausstattungsstandard ist überwiegend einfach bis mittel. Beheizung mittels Gaszentralheizung, Warmwasserbereitung über die Heizungsanlage. Auf dem Grundstück ist ein Garagengebäude mit 4 Stellplätzen vorhanden. In den Kellerwandbereichen des Wohnhauses als auch im Garagengebäude sind Feuchtigkeitsschäden vorhanden, des Weiteren sind in Teilbereichen des Wohnhauses sowie im Garagengebäude Rissbildungen vorhanden. Es besteht Unterhaltungstau und Modernisierungsbedarf.

Verkehrswert 440.000,- Euro.

Das über den Verkehrswert eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle (Raum 2.044, Telefon: 040/4 28 63 - 67 95 und - 67 98, Telefax: 040/4 27 98 - 34 11); montags, dienstags, donnerstags und freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr eingesehen werden. Kostenfreier Gutachtendownload im Internet unter www.zvg.com.

Der Versteigerungsvermerk ist am 21. März 2019 in das Grundbuch eingetragen worden.

Aufforderung:

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem

Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 28. Februar 2020

Das Amtsgericht
Hamburg-Barmbek

Abteilung 802

179

Terminsbestimmung

802 K 6/16. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Donnerstag, 13. August 2020, 9.30 Uhr**, Sitzungssaal E.005, Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, öffentlich versteigert werden:

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Duvenstedt. Gemarkung Duvenstedt, Flurstück 2739, Wirtschaftsart und Lage Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Anschrift Himmelsmoor 20, 1.548 m², Blatt 1386.

Objektbeschreibung: Das Grundstück ist bebaut mit einem teilunterkellerten eingeschossiges Einfamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss und nachträglich errichtetem Anbau. Der Anbau ist vermutlich baurechtlich nicht genehmigt. Die Wohnfläche beträgt ohne Anbau etwa 86,10 m², Nutzfläche im Keller etwa 25,75 m². Beheizung vermutlich über Ölheizung. Auf dem Grundstück befindet sich eine Doppelgarage, Baujahr etwa 1998 sowie ein weiteres Nebengebäude. Das Gutachten vom 24. Januar 2017 wurde ohne Innenbesichtigung erstellt. Wegen des Zustandes des Grundstücks und des Gebäudes wird Interessenten dringend angeraten das Gutachten einzusehen. Teilbereiche des Objektes sind vermietet.

Verkehrswert: 580.000,- Euro.

Das über den Verkehrswert eingeholte Gutachten kann auf der

Geschäftsstelle (Raum 2.044, Telefon: 040/4 28 63 - 67 95 und - 67 98, Telefax: 040/4 27 98 - 34 11); montags, dienstags, donnerstags und freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr eingesehen werden. Kostenfreier Gutachtendownload im Internet unter www.zvg.com.

Der Versteigerungsvermerk ist am 18. April 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Aufforderung:

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 28. Februar 2020

Das Amtsgericht
Hamburg-Barmbek

Abteilung 802

180

Terminsbestimmung

417 K 5/19. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Dienstag, 21. April 2020, 10.00 Uhr**, Sitzungssaal 114, Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, 21029 Hamburg, öffentlich versteigert werden:

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Lohbrügge. 1/2 Anteil (Evdokia Christodoulou) und 1/2 Anteil (Emmanouil-Anastasios Vasileiadis) am Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum, laufende Nummer 1, Sondereigentums-Art Wohnung mit Abstellraum, SE-Nummer 19, Blatt 5204 BV 1 an Grundstück Gemarkung Lohbrügge, Flurstück 4219, Wirtschaftsart und Lage Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Anschrift Sanmannreihe 73, 75, Hofweide 36, 38, 2.140 m². Eingetragen im Grundbuch von Lohbrügge, 1/28 Anteil, laufende Nummer 2, Gemarkung Lohbrügge, Flurstück 4218,

Wirtschaftsart und Lage Gebäude- und Freifläche, Anschrift Hofweide, nördlich Hofweide 38, 456 m², Blatt 5204 BV 2 zu 1.

Objektbeschreibung/Lage laut Angabe des Sachverständigen: Laufende Nummer 1: Verkehrswert 105.000,- Euro zusammen mit 1/28 Anteil, laufende Nummer 2. Laufende Nummer 2: Verkehrswert 0,- Euro.

Der Versteigerungsvermerk ist am 20. März 2019 in das Grundbuch eingetragen worden.

Aufforderung:

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, anderenfalls werden sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem

Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, anderenfalls tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Hamburg, den 28. Februar 2020

**Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf**

Abteilung 417 181

Aufgebot

420 II 11/19. Herr **Markus Manfred Barth**, Ulmenlieth 25, 21033 Hamburg, Bevollmächtigter: Notar Hans-Jürgen Grünhage, Alte Holstenstraße 59, 21029 Hamburg, hat das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung des unbekann-

ten Gläubigers der im Grundbuch des Amtsgerichts Hamburg-Bergedorf von Lohbrügge Blatt 2260 in Abteilung III unter Nummer 6 eingetragenen Restkaufgeld-Hypothek ohne Brief in Höhe von 31.000,- DM, umgestellt auf 15.850,05 Euro (fünfzehntausendacht-hundertfünfzig 05/100 Euro) nebst 6% Zinsen jährlich, eingetragen am 3. November 1964 für Maria Sophie Magdalene Jürgens, geborene Schütt, Hamburg, beantragt.

Der/die Gläubiger wird/werden gemäß §§ 434, 450 Absatz 4 FamFG aufgefordert, seine/ihre Rechte und Ansprüche beim Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, 21029 Hamburg, Zimmer 210/211, spätestens bis 29. Mai 2020 (Anmeldezeitpunkt) anzumelden, da er/sie sonst mit seinen/ihren Rechten ausgeschlossen werden kann/können.

Hamburg, den 14. Februar 2020

**Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf**

Abteilung 420 182

Sonstige Mitteilungen

Gläubigeraufruf

Der Verein **Straßenbahnerklub Wendemuth von 1902 e.V.** (Amtsgericht Hamburg, VR 3785), Wendemuthstraße 24, 22041 Hamburg, ist durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 26. Januar 2020 aufgelöst worden. Zu Liquidatorinnen wurden Frau Manuela Schultz, Böckler Straße 8, 22119 Hamburg und Frau Angela Schneekloth, Holstenstraße 3, 25335 Elmshorn, bestellt. Die Gläubiger werden gebeten, ihre Ansprüche bei den Liquidatorinnen anzumelden.

Hamburg, den 26. Januar 2020

Die Liquidatorinnen 183

Gläubigeraufruf

Die Firma **THERMEX Handels- und Vertriebsgesellschaft m.b.H.** (Amtsgericht Hamburg, HRB 47153) mit Sitz in Hamburg, ist durch Gesellschafterbeschluss aufgelöst worden. Zum Liquidator wurde Herr Werner Hoheisel, Donauweg 11, 22393 Hamburg, bestellt. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei dem Liquidator zu melden.

Hamburg, den 27. Januar 2020

Der Liquidator 184